

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Motion von Esther Maag, Grüne: Asylsuchende untätig bis zum Asylentscheid?

Autor/in: [Esther Maag](#), Grüne

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 27. November 2008

Nr.: 2008-317

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Seit der Asylgesetzrevision, die im Januar 2008 in Kraft trat, wurden die Deutsch- und Integrationskurse für Asylsuchende im Kanton BL abgeschafft. Seither haben die Asylsuchenden kaum Möglichkeiten, die Wartezeit mit sinnvoller Lerntätigkeit zu verbringen.

Das einzige Angebot für sie besteht derzeit in Basel (am K5, Basler Kurszentrum), wo eine Bildungsinstitution einspringen und mit Hilfe von Stiftungsgeldern Deutschkurse für 60 Baselbieter Asylsuchende anbieten konnte. Die Stiftungen machen jedoch eine weiterführende finanzielle Unterstützung von der Mithilfe unseres Kantons abhängig.

Viele neue Asylsuchende stammen derzeit aus Ländern wie Eritrea oder Somalia und werden aufgrund der Situation im Herkunftsland und der rechtlichen Voraussetzungen hier bleiben, entweder mit einer B-Bewilligung als anerkannte Flüchtlinge oder mit einer vorläufigen Aufnahme, Bewilligung F.

Die im Laufe des Jahres eingereisten Asylsuchenden sind jung und zu einem grossen Teil männlich. Wenn diese jungen Leute während Monaten bis zum Asylentscheid zur Untätigkeit verurteilt sind, so hängen sie herum, langweilen sich, bilden einen negativen Blickfang für die Bevölkerung, und es entsteht eine erhöhte Delinquenzgefahr. Skepsis, Verunsicherung oder Ablehnung seitens der Bevölkerung sind die Folge.

Lernangebote allein genügen nicht, um diese verständliche Haltung der Bevölkerung zu verhindern. Sobald die jungen Leute jedoch etwas Deutsch verstehen und unsere Regeln kennen, sind sie bereit für Beschäftigungseinsätze. Diese wiederum nützen sowohl den Asylsuchenden, die dadurch eine Tagesstruktur und eine Beschäftigung erhalten, wie auch der lokalen Bevölkerung.

Andere Kantone bieten den Asylsuchenden trotz des neuen Gesetzes von Beginn an - selbst solange sie in der Anfangsphase des Aufenthaltes in den Zivilschutzanlagen leben - die Möglichkeit, Deutsch zu lernen.

Der Regierungsrat möge deshalb die Massnahmen der Deutsch- und Integrationskurse (am K5), welche anfang Jahr aufgehoben wurden, als Mittel zu einer sinnvollen Nutzung der Wartezeit und als Prävention gegen Delinquenz wieder einführen.